

Gerhard Kompe

Dortmund, 31. Mrz. 2020

Stellungnahme zum Bericht der von der Regierung eingesetzten Kommission „verlässlicher Generationenvertrag“

Die AG 60plus ist in dieser Zeit der Corona-Pandemie in einer besonderen gesellschaftspolitischen Verantwortung. Wir als Arbeitsgemeinschaft kämpfen seit unserer Gründung für die Älteren. Für eine würdevolle und aktive Rolle der Älteren in unserer Gesellschaft. Dies mitten unter uns und nicht am Rande. Die Corona-Pandemie, die Einschränkung von Freiheitsrechten, Erlass von Kontaktsperrern für die besonders gefährdeten Älteren, erschwert dies.

Wir halten die von der Bundesregierung, verantwortlich auch von den SPD-Ministern, ergriffenen Maßnahmen für unerlässlich. Damit tun wir das derzeit Nötige um unser wichtigstes Gut, die Gesundheit, zu erhalten und besonders die Älteren zu schützen. Wir versuchen auch mit einem gewaltigen finanziellen Mitteleinsatz die negativen Folgen für Arbeitsplätze und unsere Wirtschaft zu vermeiden. Dies um den nötigen Wohlstand für eine soziale Gesellschaft nach der Krise zu sichern.

Dies ist nicht nur verantwortungsvolle Politik zur Bekämpfung der Corona-Krise. Es legt gleichzeitig die ökonomischen Grundlagen für die positive Gestaltung unserer Zukunft. Ein stabiler Arbeitsmarkt, mit guter Arbeit, guten Löhnen ist die beste Vorsorge für gute Renten und gegen Altersarmut.

Die Rentenversicherung zählt zum Kern unseres Sozialstaates. Sie verbindet die Generationen, sie beteiligt die ältere Generation am Wohlstandszuwachs und soll dafür sorgen, dass der Übergang vom

Arbeitsleben in den Ruhestand nicht durch Zukunftsängste geprägt wird. Das Leitmotiv dieser Politik ist Solidarität.

Solidarität in der Alterssicherung heißt, dass alle Menschen im Alter eine angemessene, am erreichten Lebensstandard orientierte Absicherung erhalten und Altersarmut vermieden wird. Die **Finanzierung im bewährten Umlageverfahren** macht die Rentenversicherung unabhängig auch in einer schwierigen Zeit und gibt mehr Sicherheit als die **Kapitaldeckung**. Gerade in den letzten Tagen sind deren **Risiken durch die Turbulenzen auf den internationalen Kapitalmärkten deutlich sichtbar geworden**.

Die von der Bundesregierung zum Thema Alterssicherung eingesetzte Kommission „Verlässlicher Generationenvertrag“ hat ihren Bericht abgeschlossen und Vorschläge für die Zeit nach 2025 ff. vorgelegt. Nach einer ersten Überprüfung begrüßen wir das darin enthaltene klare Bekenntnis zur **solidarischen gesetzlichen Rente als Kern unserer Alterssicherung**. Es gilt in gleicher Weise auch für die Ablehnung die Regelaltersgrenze über das 67. Lebensjahr hinaus zu steigern.

Der Bericht enthält allerdings auch Elemente die aus Sicht der AG 60plus nicht die nötige Sicherheit, Klarheit, Verlässlichkeit und damit nicht die nötige Zukunftsfähigkeit der Altersversorgung sicherstellen.

Wir machen dies deutlich am Rentenniveau.

Das Rentenniveau spiegelt das Verhältnis einer Standardrente zum Durchschnitt der Erwerbseinkommen wider. Wir haben in dem bis 2025 gültigen Gesetz durchgesetzt das dieses Niveau auf **48 % festgesetzt** wird. Dies stellt sicher, dass die Renten genauso stark steigen wie die Löhne. Dies gibt den Rentnerinnen und Rentnern Sicherheit und Verlässlichkeit angemessen am wachsenden Wohlstand beteiligt zu sein.

Die Kommission schlägt nun vor statt des festen Satzes von 48 % einen Korridor von 44 – 49 % für das Rentenniveau vorzusehen. Dies

öffnet Rentensenkungen den Weg. Das lehnen wir, die SPD und wir als AG 60plus, mit aller Entschiedenheit ab. Die heutige gültige Untergrenze von 48 % muss für die Zeit nach 2025 dauerhaft festgeschrieben werden. Wir wollen Voraussetzungen dafür schaffen, dass perspektivisch eine Erhöhung über dieses Niveau hinaus möglich wird.

Wir haben mit unserer Rentenpolitik nicht nur im Rentenniveau Verbesserungen durchsetzen können. Unsere weiterführenden Konzepte für eine sichere und generationengerechte Rente und ihrer Finanzierung für die Zukunft liegen vor. Es gilt sie unter den veränderten Herausforderungen und den Details der Vorschläge der Regierungskommission aufzuarbeiten.

Zentral sind dabei für die SPD folgende Ziele:

- Das Kernversprechen des Sozialstaates sichern: die gesetzliche Rente bleibt die Grundlage für ein ausreichendes Einkommen nach der Erwerbstätigkeit
- Familien unterstützen: bessere Absicherung von Sorgearbeit
- Anerkennung von Lebensleistung: die Einführung einer Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung
- Lebensstandard sichern: Sicherung des Lebensstandards durch die langfristige Stabilisierung des Rentenniveaus
- Lebensrealitäten anerkennen: keine pauschale Erhöhung der Regelaltersgrenze
- Rente auf mehr Schultern stellen: konkrete Schritte zur Einführung Erwerbstätigenversicherung, in die alle einzahlen
- Reformnotwendigkeit der betrieblichen und privaten Altersvorsorge
- Faire Lastenverteilung: die Gewährleistung einer langfristigen Finanzierung der gesetzlichen Rente durch einen Mix aus angemessenen Beiträgen und Steuermitteln

Auf der Basis dieser Ziele werden wir uns intensiv in die politische Debatte einmischen. Wir werden weiterhin und mit aller Kraft für eine starke zukunftsfähige gesetzliche Rente kämpfen.